

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes.

Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Denloerwall 9.
Redaktionschluß: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4sp. Zeitsp. 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln 1.

An die Verbindungen der christlich-nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten Deutschlands!

In stolzer Freude schauen wir auf die Kongrestage in Berlin zurück. Der dritte deutsche Arbeiter-Kongress hat allen Erwartungen voll entsprochen, die wir auf ihn gesetzt haben. „Eine der eindrucksvollsten und gehaltreichsten Arbeitertagungen der letzten Jahre“, „eine einbringliche und herzerquickende Rundgebung“, so spricht die Presse von unserem Kongress. Und wir sagen: er war

die bedeutungsvollste Tagung, welche die christlich-nationale Arbeiter- und Angestellten-Bewegung Deutschlands je veranstaltet hat.

Auf keiner bisherigen Tagung war eine solch hohe Zahl nationaler Arbeiter und Angestellter vertreten, keiner der bisherigen Kongresse wuchs unter der Bedeutung der Zeitumstände zu solcher Bedeutung und Größe, wie unser Berliner Kongress. Keinem war eine solch hohe Mission zugefallen.

Er sprach zu einer Zeit, da die Reaktion von neuem den Kopf erhob, da alles, was unsozial denkt, sich sammelt, ja, sich schon stark genug fühlt, der sozialpolitischen Ueberlieferung des deutschen Reiches Einhalt zu gebieten. Diese drohende Gefahr in der inneren Politik erforderte eine eindrucksvolle Rundgebung der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestellten-Bewegung Deutschlands. Der dritte deutsche Arbeiter-Kongress hat sie gebracht.

Wir haben den sozialpolitischen Ernst der Stunde erkannt und unsere Verhandlungen sind ihm in allen Punkten gerecht geworden. Wir wollen nicht, daß gerüttelt wird an unseren sozialen Errungenschaften. Wir brauchen keine neuen Befehle zum „Schutze der Arbeitswilligen und gegen die soziale Bewegung“. Die bestehenden Befehle reichen aus, um Entartungen und Mißbräuchen zu begegnen. Ja, es gilt sogar, bestehende gesetzliche Bestimmungen zu bessern, da sie sich bisher zu einem Hemmnis und zu einer Ungerechtigkeit gegenüber unseren Standesbestrebungen ausgewachsen haben. Wir haben für Scharfmacherwünsche keinerlei Verständnis und wir verworfen sie. Das haben wir auf dem Kongress feierlich erklärt. Und auch das andere: daß die Sozialpolitik nicht ruhen darf, daß sie vielmehr fortgeführt werden muß. Der Beifall der Freunde sozialer Reform, wie die bittere Schmähung auf der anderen Seite haben bewiesen, daß wir verstanden worden sind.

Aber nicht in der bloßen Abwehr sozial-rückwärtlicher Bestrebungen hat unser Kongress seine Stärke gezeigt; was ihm selbst von unseren Feinden nachgerühmt werden muß, ist die sachverständige Durchleuchtung schwierigster sozialer Tagesfragen. Man nehme die Frage der Lebensmittelerfahrung, die Wohnungsfrage, die Frage der Arbeitslosenfürsorge, — noch nie hat bislang eine Arbeitnehmertagung die Probleme in so strenger Sachlichkeit und darum für Öffentlichkeit und Regierungen so anregend und wegweisend besprochen, wie es auf unserem Berliner Kongress geschah. Darin hat er die Scharfmacher von rechts wie von links tief beschämt. Wo immer in den nächsten Jahren die Erörterung über die genannten Fragen anheben mag, an den Verhandlungen des Berliner Kongresses und an seinen Beschlüssen wird man nicht vorbeigehen können.

So ist unser Kongress Warner und Wegweiser zugleich geworden.

Nun aber gilt, den Inhalt dieser fruchtbringenden Tage zum geistigen Eigentum unserer Mitgliedschaften zu machen. Die Kongressverhandlungen haben nicht nur der breiten Öffentlichkeit etwas sagen wollen. Unsere Mitglieder müssen von dem Geist, der die Tagung beherrscht hat, vollständig durchdrungen werden. Die Kenntnis dessen, was wir wollen, das innere Versehen unserer letzten Ziele und stolzes Vertrauen auf unsere Bewegung und deren Zukunft muß sie erfüllen. Und durch sie, die Massen der christlich-nationalen Angestellten und Arbeiter sollen unsere Anregungen sich in soziale Tat umsetzen. Die öffentliche Meinung bedarf fort und fort allerorts eine unausgesetzte Beeinflussung. Lebensmittelerfahrung, Mißstände im Wohnungswesen und Arbeitslosenfürsorge stellen und eine Fülle von Einzelaufgaben, deren Weiterverfolgung in Staat und Gemeinde durch unsere Organisationen angeregt und in Fluß gehalten werden muß. Darum ergeht unser

Aufruf zur Arbeit an alle, die innerlich zu uns stehen!

Mit unserer entschiedenen Willenserklärung auf dem Kongress haben wir die Gefahr sozialer Verschlechterung noch nicht gebannt. Soll sie vollends wirkungslos gemacht werden, dann heißt es Massen aufrütteln und Massen sammeln. Nur eine starke christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung kann eine dauernde Bürgerschaft für die geistliche Weiterentwicklung unserer sozialen Verhältnisse sein.

Die radikale Bewegung in der deutschen Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, kann nie und nimmer diese Bürgerschaft sein. Sie ist eine nationale und eine Volksgefahr. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung anerkennt die Werte, die im christlichen Kulturgedanken liegen und will sie nutzen für den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft. Unsere Bewegung ist national, weil wir uns als Einzelne wie als Bewegung verwachsen fühlen mit Land und Volk. Aber als vollwertiger Teil dieses Gesamtvolles wollen wir erkannt und anerkannt sein. Die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung ist da, um praktisch darzutun, daß kein deutscher Arbeiter und Angestellter, der wirtschaftlich und sozial, geistig und sittlich empor will, es nötig hat, Sozialdemokrat zu sein, ja, daß er es nicht sein darf wenn er zum Ziele kommen will. In diesen Grundsätzen und der ihnen entsprechenden Wirksamkeit ruht unsere Stärke. So sind wir eine soziale und nationale Hoffnung unseres Volkes.

Unser Ziel können wir indes um so vollkommener erreichen, je stärker wir sind an Zahl, je umfassender unsere Organisationen, je mannigfaltiger unsere Arbeit. Darum heißt unsere Lösung für und für:

Stärkt die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung!

Breitet sie aus in allen Landteilen und Bezirken. Kein Gebiet unseres deutschen Vaterlandes bleibe unbebaut. Je mehr Wirrnis und Müßigkeit in den Reihen des sozialdemokratischen Gegners um sich greifen, um so trauffer sei der Zusammenhalt unserer Bewegung, um so fester unsere Zuversicht, und um so lebendiger das Bewußtsein für die hohe Aufgabe, die wir zu erfüllen haben:

für den deutschen Arbeiter- und Angestelltenstand und für das deutsche Volk!

Der Ausschluß des deutschen Arbeiterkongresses.

Nach dem Kölner Gewerkschaftskongress.

Auf Veranlassung des Mannes Morfeld der christlichen Gewerkschaften fand am Freitag, 16. Januar, in der Bürgergesellschaft eine sehr zahlreich besuchte Versammlung statt. In der Generalsekretär Siegenwald über den Kölner Gewerkschaftskongress und seine Begleiterscheinungen sprach. In seiner zweistündigen, von Beifall unterbrochenen Rede zeichnete Kollege Siegenwald den Hintergrund des Prozesses: den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager, relativierte die wichtigsten Merkmale des Prozesses, um dann zur Besprechung seiner Begleiterscheinungen überzugehen. Der Prozeß habe zwei Gruppen entscheidende Niederlagen gebracht: einigen führenden Quertreibervätern im katholischen Lager und den besagten sozialdemokratischen Zeitungen. Beide Gruppen suchten jetzt über ihre Niederlage hinwegzukommen. Mit welchen Mitteln man dabei arbeitete, schilderte Kollege im Einzelnen. Besonders sei man dazu übergegangen, seine Aussagen im Prozeß entzweit und verbreitet wiederzugeben. Kollege beweist das an einigen Beispielen. Man möge das soeben erschienene stenographische Protokoll nachlesen und sich an dieses halten. (Verlag des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Köln, Genloerwall 2. Preis für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 20 Pfg. für andere 1 Mk. ausschließlich Porto.) Kollege erläuterte sodann im einzelnen das Verhalten der sozialdemokratischen Presse nach dem Kölner Prozeß und giebt dann aus dem derzeitigen Kampf im katholischen Lager Deutschlands das Fazit.

Der Kampf zeitigte eine günstige und eine ungünstige Seite. Die günstige Seite besteht in der tiefen und harten Gesamtarbeit der Grundzüge der christlichen Gewerkschaften, die für eine junge und neue Bewegung von großer Bedeutung und Wichtigkeit sind. Weiter läßt sich durch diese ewigen und neuvergeisterten Kampfe im christlichen Gewerkschaftslager in verhältnismäßig kurzer Zeit höherwertige Sonderarbeiten, wie sie sonstige Heilige junge Bewegungen nicht aufweisen. Auch hat sie für die Bewegung von größter Wichtigkeit. Die ungünstige Seite des Streites besteht in der geringen Geltung der christlichen Gewerkschaften in ihrer Auseinandersetzung. Durch diese ewigen Niederlagen sind sie eine große Minderheit, besonders im katholischen Lager ausgeglichen worden, während im evangelischen Lager das Gegenteil, die Mehrheit und Herrschaft nur ganz langsam zurückgewonnen werden konnten. Ohne diesen Streit gäbten heute die christlichen Gewerkschaften Deutschlands mindestens 700.000 Mitglieder. Dann wären die Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung ganz anders verteilt und auch die ganze innerpolitische Situation wäre eine andere. Die Sozialdemokratie zählte keine 4 1/2 Mill. Stimmen und 111 Reichstage. Diese bedeutend veränderte christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung würde auch geschworen auf das bürgerliche Parteiethos in Deutschland. Das christlich-nationale Arbeiterelement würde stark zur Milderung der Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien beitragen.

Zum Schluß erklärte der Redner, daß für die Zukunft die christlichen Gewerkschaften sich auf den Streit im katholischen Lager nicht mehr einlassen würden. Vom Kölner Gewerkschaftskongress 1912 bis zum Kölner Gewerkschaftskongress habe im Zentralrat der christlichen Gewerkschaften eine einzige Linie gehanden, die durch den Kölner Ausschlußstreit notwendig geworden wäre. Die christlichen Gewerkschaften blieben, was sie 1900 auf dem Rauter Kongress beschloßen, 1912 auf dem Kölner Kongress beschloßen und was durch den Kölner Gewerkschaftskongress freigegeben bestätigt worden sei. An die Adresse der Quertreiber sage er: Schreibt, was ihr wollt, wir bleiben, was wir sind und was wir wollen. Auf uns wartet soviel praktische Arbeit, daß wir keine Zeit mehr finden, uns auf diese Auseinandersetzungen weiter einzulassen.

Nun hat es allerdings den Anschein, als hätten die christlichen Gewerkschaften trotzdem noch keine Ruhe. In der Tagespresse wird ein Brief veröffentlicht, den Herr Kardinal Kopp an den bekannten „integralen“ Grafen Oppersdorff geschrieben haben soll. In diesem Briefe kommt zum Ausdruck, daß der Herr Kardinal die Interpretation der Engklia Singulari quadam, wie sie de. Effener Kongress vorgelegt werden konnte, zwar freierzeit gutgeheißen, nachträglich aber bedauert habe.

Daß der Herr Kardinal den „Berliner“ immer näher stand, als den christlichen Gewerkschaften, ist eine bekannte Tatsache. Daß er diesen Standpunkt im Gegensatz zu den allermeisten Bischöfen Deutschlands auch jetzt noch einnimmt, entspricht eben seiner Ueberzeugung.

Die christlichen Gewerkschaften nicht abhaken, nach wie vor den Grundsatzen treu zu bleiben, denen sie in Tübingen und Effen Treue gelobt haben

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 5. Wochenbeitrag pro 1914 fällig.

Im Interesse einer glatten Abrechnung pro 1913 ersuchen wir die Ortsvorstände und Vertrauensleute, auf jene Mitglieder im besonderen einzumwirken, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Abrechnungen und Gelder gingen pro 4. Quartal ein: Würzburg, Freiburg, Gagen, Hamm, Weisbach, Nürnberg, Waldbrunn, Freising, Duisburg, Genua, Habelschwerdt, Kirchheim, Wrandenburg, Schlich, Kreuzau, Konstantz, Bielefeld, R. Gladbach, Stuttgart, Düsseldorf, München, Rendsdorf, Hamburg.

Gesperret ist Kachen. Der Zentralvorstand. J. A. Dornbach.

In die Funktionäre, Ausschuß- und Vorstandsmitglieder der Krankenkassen.

Die Krankenversicherung der Dienstboten

Ist am 1. Januar 1914 in Kraft getreten. Von diesem Tage ab sind überhaupt alle in den Haushaltungen beschäftigten Personen wie Dienstmädchen, Kinderfrauen, Stützen, Hausdamen, Erzieherinnen, Aufwartenden, Boten, Köchinnen, Ausser, Diener, Portier Krankenversicherungspflichtig geworden. Wie bei der Einführung aller Neueinrichtungen, besonders wenn sie mit Kosten verbunden sind, machen sich aktive und passive Widerstände und Unklarheiten bei den Beteiligten bemerkbar. Bei der Einführung der jüngst erfolgten Krankenversicherung ist es vor allem ein Teil der Hausfrauen bes. Herrschaften, die sich mit der neuen Einrichtung nicht anfinden wollen, und bei den zu versichernden Dienstboten und sonstigen Hausangehörigen herrscht über die Rechte und Pflichten, die die neue Krankenversicherungsbekanntmachung ihnen bringt, Unklarheit, die sich teilweise bis zur Unverständlichkeit steigert. Dingu kommt noch an vielen Stellen die schlechte Agitation der sogenannten Dienstboten-Krankenversicherungsvereine, die den Herrschaften gut zu tun, Mitglieder zu werden aber wie bisher zu meiden, und sich auf Grund der §§ 418 ff. und 436 der A.B.O. die Befreiung ihrer Dienstboten von der Versicherungspflicht zu erwirken.

Diese Art der Lösung der so wichtigen Frage liegt aber weder im wohlverstandenen Interesse der Herrschaften noch der Dienstboten und Hausangehörigen.

In Art. 7 der „Sozialen Praxis“ vom Jahre 1913 ersucht Felix Glauß in durchaus zutreffender Weise zunächst die Gründe, die den Dienstboten klar machen, warum ihre Versicherung bei der zuständigen Ortskrankenkasse am besten ist; er sagt:

„Daß die Dienstboten-Krankenversicherungsvereine im allgemeinen mit geringeren Beiträgen auskommen werden wie die Ortskrankenkassen, hat seinen Grund darin, daß die Dienstboten durchweg sehr günstige Versicherungsrisiken darstellen, d. h. die Wahrscheinlichkeit der Erkrankung eines Dienstboten und der dadurch notwendig werdenden Auswendungen der Krankenkasse ist geringer als bei den übrigen Versicherten.“

Würde es sich nun bei den städtischen Dienstboten um einen Stand handeln, dem der einzelne während des überwiegenden Teiles seines Lebens angehört, so würde allerdings der Einwand zutreffend sein, daß es nicht gerechtfertigt ist, wenn in der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Dienstboten mit ihren günstigen Versicherungsrisiken die ungünstigen Versicherungsrisiken der übrigen Arbeitergruppen mittragen helfen.

Da aber die Tätigkeit als Dienstbote für den weitaus überwiegenden Teil der weiblichen Dienstboten nur eine kürzere oder längere Zeit währt und der allgrößte Teil der weiblichen Dienstboten sich verheiratet, während ein weiterer ebenfalls nicht unbedeutender Teil zur industriellen oder einer sonstigen versicherungspflichtigen Tätigkeit übergeht.

Das ferner im ureigensten Interesse der Dienstboten liegt, daß sie nach ihrer Verheiratung ihre Krankenversicherung freiwillig fortsetzen, dies aber nur in den Ortskrankenkassen möglich ist.

und da endlich auf eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung der weiblichen Dienstboten nach ihrer Verheiratung nur dann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, wenn sie zur regelmäßigen Beitragsleistung bereits erogen sind, so liegt es im wohlverstandenen Interesse der Dienstboten selbst, daß sie auch in der Zeit, in der sie günstige Versicherungsrisiken darstellen, den allgemeinen Ortskrankenkassen angehören.

Aber nicht nur die Erziehung zur regelmäßigen Beitragsleistung ist für den Dienstboten das Bestwollte, wenn er Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist, sondern auch das Bewußtsein, daß er dem großen sozialen Organismus eingegliedert ist, daß er durch sein Stimmrecht bei den Kassenwahlen

einigen bestimmten Einfluß auf die Tätigkeit der für die wirtschaftliche Volkswirtschaft maßgebenden Behörden ausüben kann.

In überzeugender Weise macht Glauß auch den Herrschaften klar, daß es von höheren und auch von praktischen Gesichtspunkten aus betrachtet für sie besser ist, ihr Hauspersonal der zuständigen Krankenkasse zuzuführen und sich nicht befreien zu lassen, da diese Befreiung bezw. der Beitritt zu einem Krankenversicherungsverein mit unangenehmen Begleiterscheinungen verknüpft sein kann: er führt u. a. aus:

„Die Dienstherrschaften, die unsere soziale Versicherung fördern wollen, sollten deshalb dort, wo die Dienstboten den Allgemeinen Ortskrankenkassen angehören können, sie auch in diesen versichern, und sie nicht von der Versicherungspflicht befreien lassen. Für sehr wichtige Leute dürfte sich dies übrigens auch aus dem Grunde empfehlen, weil die Vereinsmitglieder zu einem Nachschuß verpflichtet sind, falls die Ausgaben des Vereins die Einnahmen übersteigen und die Rücklage aufgebraucht ist.“

Dingu kommt noch, daß ein großer Vorteil bei den bisherigen Versicherungsvereinen, nämlich der Wegfall der Wechselpflicht beim Wechsel der Dienstboten, bei den neuen Versicherungsvereinen nicht mehr existiert, ja, es muß sogar bei jedem Dienstbotenwechsel erneut der Antrag auf Befreiung des Dienstboten von der Versicherungspflicht gestellt werden, d. h. aber nichts anderes, als daß die Dienstherrschaft bei jedem Dienstbotenwechsel erneut den Nachweis zu führen hat, daß sie als leistungsfähig zur Dedung der durch die etwaige Erkrankung des Dienstboten entstehenden Auswendungen gilt, für Berlin also, daß beispielsweise ihr Jahreseinkommen noch 4000 Mk. über, beim Wohnort eines Verdienstes von 6000 Mk. wenigstens 4000 Mk. beträgt. Wenn diese Prüfung genau durchgeführt wird — und das sollte im finanziellen Interesse des Vereins doch der Fall sein — so bieten sich hier vor allem dem Heiraten Mittelstände wohl angenehme Aussichten.“

Die Hausfrauen, denen ja die Wechselpflicht gegenüber der Kasse in der Regel obliegt, werden sich mit der Zeit wohl daran gewöhnen, ebenso auch an die Formalitäten, die nun einmal bei Inanspruchnahme der Leistungen der Krankenkasse unumgänglich sind. Sie werden dieses um so leichter, wenn die Krankenkassen in ausgedehnten Gemeinden für die Einrichtung von Meldestellen in den verschiedenen Stadtteilen sorgen und sich betreiben, das Verfahren zu vereinfachen und den Verhältnissen anpassen. Die Hausfrauen sind außerdem ja auch berechtigt, dem Personal zwei Drittel der Beiträge vom Lohn abzugreifen und das Krankengeld auf den Lohn umzurechnen und sie befreien sich durch die Versicherung von jedem Risiko.

Genau betrachtet, muß man anerkennen, daß die gefürchtete Neuregelung notwendig und dankenswert ist für Dienstboten und Herrschaften. Es ist also dringend wünschenswert, daß überall dort, wo keine Landkrankenkassen bestehen, die Herrschaften die Dienstboten in den Ortskrankenkassen versichern, und sich nicht von der Versicherungspflicht befreien lassen. Dankenswert wäre es auch, wenn die Herrschaften den Lohn der Dienstboten um den Betrag des Versicherungsanteils der Dienstboten erhöhen.

Pflicht unserer Funktionäre und Kollegen in den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen aber ist es, in ihren Bezirken unter der dienenden Frauenwelt, beginnend in den Kreisen der Hausangehörigen, ebenso aber auch bei den Hausfrauen und Dienstherrschaften Aufklärung zu schaffen über die Notwendigkeit und Wohlthat der Zwangsversicherung in den Krankenkassen. Das genügt allein aber noch nicht, vielmehr muß diesen Kreisen auch die Todtnit und das Verfahren bei der Anmeldung und bei Inanspruchnahme der Leistungen der Kassen nahe gebracht werden. Wir dürfen aus guten Gründen diese Arbeit keinesfalls dem sozialdemokratischen Gegner überlassen. Die Aufklärung kann geschehen in den örtlichen Frauen- und Jungfrauenvereinen, Kongregationen u., wenn möglich von dazu befähigten weiblichen Personen selbst, andernfalls von dazu geeigneten christlich gesinnten Kollegen. Die näheren Bestimmungen über Anmeldung, Art der Beitragszahlung, Leistungen der Kassen und Verhalten in Krankheitsfällen usw. sind bei den zuständigen Kassen zu erfahren, von denen jede ihre eigene Satzung hat.

Verbot des Streikpostennehmens auf Umwegen.

Was die großen und kleinen Scharfmacher bis vor wenigen Tagen noch nicht zu hoffen wagten, ist ihnen geworden. Im preußischen Landtag erklärte der als Gegner aller aufstehenden Arbeiterorganisationen und Freund der „Geldern“ bekannte preußische Minister des Innern von Dallwitz auf das Verlangen des freikonserativen Freiherren von Helldorf, in Sachen des Streikpostennehmens schärfere Anweisungen an die preußischen Polizeibehörden ergehen zu lassen, folgendes: „Zum

...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...

...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...

...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...

3. Oktober. Zu dem am 12. Januar stattgefundenen Generalversammlung waren die Kollegen fast vollständig erschienen. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden und Protokollgenehmigung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, woraus hervorzuhelien ist, daß auf Anregung unsererseits die Arbeitzeit um eine halbe Stunde pro Tag vergrößert wurde. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 15. Dann erbatte der Kassierer den Jahresbericht. Der Bestand der Kassa betrug 288,60 Mk. Nach Rechnungslegung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann erfolgte die Vorstandswahl, welche alle einstimmig wiedergewählt wurden und sämtlich unter den vorjährigen Ämtern weblieben. Abdan erfolgte der Bericht von der Rhein-Meißlischen Jubiläumfeier, welchen Kollege Hermann eingehend erstattete, worüber dann noch in eine Debatte über Kapazitätsfragen für die hiesige Zählstelle eingetreten wurde. Da die Tagesordnung hiermit erschöpft war, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen, worauf die Kollegen dann noch eine Weile in gemüthlicher Stimmung zusammenblieben.

3. Oktober. Zu dem am 12. Januar stattgefundenen Generalversammlung waren die Kollegen fast vollständig erschienen. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden und Protokollgenehmigung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, woraus hervorzuhelien ist, daß auf Anregung unsererseits die Arbeitzeit um eine halbe Stunde pro Tag vergrößert wurde. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 15. Dann erbatte der Kassierer den Jahresbericht. Der Bestand der Kassa betrug 288,60 Mk. Nach Rechnungslegung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann erfolgte die Vorstandswahl, welche alle einstimmig wiedergewählt wurden und sämtlich unter den vorjährigen Ämtern weblieben. Abdan erfolgte der Bericht von der Rhein-Meißlischen Jubiläumfeier, welchen Kollege Hermann eingehend erstattete, worüber dann noch in eine Debatte über Kapazitätsfragen für die hiesige Zählstelle eingetreten wurde. Da die Tagesordnung hiermit erschöpft war, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen, worauf die Kollegen dann noch eine Weile in gemüthlicher Stimmung zusammenblieben.

3. Oktober. Zu dem am 12. Januar stattgefundenen Generalversammlung waren die Kollegen fast vollständig erschienen. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden und Protokollgenehmigung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, woraus hervorzuhelien ist, daß auf Anregung unsererseits die Arbeitzeit um eine halbe Stunde pro Tag vergrößert wurde. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 15. Dann erbatte der Kassierer den Jahresbericht. Der Bestand der Kassa betrug 288,60 Mk. Nach Rechnungslegung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann erfolgte die Vorstandswahl, welche alle einstimmig wiedergewählt wurden und sämtlich unter den vorjährigen Ämtern weblieben. Abdan erfolgte der Bericht von der Rhein-Meißlischen Jubiläumfeier, welchen Kollege Hermann eingehend erstattete, worüber dann noch in eine Debatte über Kapazitätsfragen für die hiesige Zählstelle eingetreten wurde. Da die Tagesordnung hiermit erschöpft war, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen, worauf die Kollegen dann noch eine Weile in gemüthlicher Stimmung zusammenblieben.

10. Dezember. Wenn auch nicht vollständig hatten die Mitglieder unserer Zählstelle den Ruf zur Generalversammlung Folge geleistet. Der Jahresbericht, sowie der Bericht der Gewerkschaftsversammlung, die sich mit einer von gewerkschaftlichen Mitbestimmungsbedingungen an Kollegenzahl viel erziehen läßt. In Höhe geben wir einen Auszug aus dem vom Vorsitzenden, Kollegen Strattmann, erstatteten Jahresbericht. Arbeitzeit war das verlassene Jahr. Seit es doch für unsere Kollegen besser Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Schon in der letzten Generalversammlung wurde eine Lohnkommission gewählt und dieselbe mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifvertrages beauftragt. Dieser in mehreren Sitzungen zusammengefaßte Tarif wurde in zwei Sitzungsitzungen mit dem Entwurf der Zählstellen Köln und Düsseldorf des Deutschen Ausbinderverbandes zu einem der Prinzipalen eingehendsten Tarif verbunden. Es fanden dann 8 Sitzungen mit den Prinzipalen statt, an welchen dann unserer Zählstelle die Kollegen Hornbach, Rieker, Eich und Strattmann teilnahmen. In der Sitzung vom 10. Dezember kam dann eine Einigung zustande. Mander Wunsch hätte noch erfüllt werden können, wenn die Gewerkschaft in etwa versucht hätten, ihre großsprecherischen Reden in die Tat umzusetzen. Auch hat die Lohnbewegung gezeigt, wie vollständig man es im Genossenschaftsverband, den Gewerkschaften hinter Licht zu führen. Bedauerlich ist eine solche Bewegung, daß bezüglich der Mitgliederzahl volle Klarheit herrscht, damit man sich auf alle Situationen gefaßt machen kann. Wie stand es damit bei den Ausbinderverbänden? Sie gaben ihre Mitgliederzahl als doppelt soviel an, als sie in Wirklichkeit nachweisen konnten. Wie sehr man sich auf den starken und mächtigen (?) Ausbinderverband verlassen kann, lehrt deutlich unsere Lohnbewegung. Unsere Zählstellenmitglieder haben für den Ausbinderverband nur noch ein geringfügig es Nadeln übrig. (Ausführlicher Bericht über die Lohnbewegung folgt in nächster Zeit.)

10. Dezember. Wenn auch nicht vollständig hatten die Mitglieder unserer Zählstelle den Ruf zur Generalversammlung Folge geleistet. Der Jahresbericht, sowie der Bericht der Gewerkschaftsversammlung, die sich mit einer von gewerkschaftlichen Mitbestimmungsbedingungen an Kollegenzahl viel erziehen läßt. In Höhe geben wir einen Auszug aus dem vom Vorsitzenden, Kollegen Strattmann, erstatteten Jahresbericht. Arbeitzeit war das verlassene Jahr. Seit es doch für unsere Kollegen besser Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Schon in der letzten Generalversammlung wurde eine Lohnkommission gewählt und dieselbe mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifvertrages beauftragt. Dieser in mehreren Sitzungen zusammengefaßte Tarif wurde in zwei Sitzungsitzungen mit dem Entwurf der Zählstellen Köln und Düsseldorf des Deutschen Ausbinderverbandes zu einem der Prinzipalen eingehendsten Tarif verbunden. Es fanden dann 8 Sitzungen mit den Prinzipalen statt, an welchen dann unserer Zählstelle die Kollegen Hornbach, Rieker, Eich und Strattmann teilnahmen. In der Sitzung vom 10. Dezember kam dann eine Einigung zustande. Mander Wunsch hätte noch erfüllt werden können, wenn die Gewerkschaft in etwa versucht hätten, ihre großsprecherischen Reden in die Tat umzusetzen. Auch hat die Lohnbewegung gezeigt, wie vollständig man es im Genossenschaftsverband, den Gewerkschaften hinter Licht zu führen. Bedauerlich ist eine solche Bewegung, daß bezüglich der Mitgliederzahl volle Klarheit herrscht, damit man sich auf alle Situationen gefaßt machen kann. Wie stand es damit bei den Ausbinderverbänden? Sie gaben ihre Mitgliederzahl als doppelt soviel an, als sie in Wirklichkeit nachweisen konnten. Wie sehr man sich auf den starken und mächtigen (?) Ausbinderverband verlassen kann, lehrt deutlich unsere Lohnbewegung. Unsere Zählstellenmitglieder haben für den Ausbinderverband nur noch ein geringfügig es Nadeln übrig. (Ausführlicher Bericht über die Lohnbewegung folgt in nächster Zeit.)

10. Dezember. Wenn auch nicht vollständig hatten die Mitglieder unserer Zählstelle den Ruf zur Generalversammlung Folge geleistet. Der Jahresbericht, sowie der Bericht der Gewerkschaftsversammlung, die sich mit einer von gewerkschaftlichen Mitbestimmungsbedingungen an Kollegenzahl viel erziehen läßt. In Höhe geben wir einen Auszug aus dem vom Vorsitzenden, Kollegen Strattmann, erstatteten Jahresbericht. Arbeitzeit war das verlassene Jahr. Seit es doch für unsere Kollegen besser Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Schon in der letzten Generalversammlung wurde eine Lohnkommission gewählt und dieselbe mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifvertrages beauftragt. Dieser in mehreren Sitzungen zusammengefaßte Tarif wurde in zwei Sitzungsitzungen mit dem Entwurf der Zählstellen Köln und Düsseldorf des Deutschen Ausbinderverbandes zu einem der Prinzipalen eingehendsten Tarif verbunden. Es fanden dann 8 Sitzungen mit den Prinzipalen statt, an welchen dann unserer Zählstelle die Kollegen Hornbach, Rieker, Eich und Strattmann teilnahmen. In der Sitzung vom 10. Dezember kam dann eine Einigung zustande. Mander Wunsch hätte noch erfüllt werden können, wenn die Gewerkschaft in etwa versucht hätten, ihre großsprecherischen Reden in die Tat umzusetzen. Auch hat die Lohnbewegung gezeigt, wie vollständig man es im Genossenschaftsverband, den Gewerkschaften hinter Licht zu führen. Bedauerlich ist eine solche Bewegung, daß bezüglich der Mitgliederzahl volle Klarheit herrscht, damit man sich auf alle Situationen gefaßt machen kann. Wie stand es damit bei den Ausbinderverbänden? Sie gaben ihre Mitgliederzahl als doppelt soviel an, als sie in Wirklichkeit nachweisen konnten. Wie sehr man sich auf den starken und mächtigen (?) Ausbinderverband verlassen kann, lehrt deutlich unsere Lohnbewegung. Unsere Zählstellenmitglieder haben für den Ausbinderverband nur noch ein geringfügig es Nadeln übrig. (Ausführlicher Bericht über die Lohnbewegung folgt in nächster Zeit.)

An der Verbandsgeneralversammlung nahm unser Vorsitzender Kollege Strattmann als Vertreter der Zählstellen Köln, Bonn und Aden teil. Auf dem Rhein-Meißlischen Gau-tag in Offen war unsere Zählstelle durch die Kollegen Risch und Strattmann vertreten. Die Vorarbeiten zu dieser Konferenz wurden vom Kollegen Stadmann erledigt. Unser Arbeitsnachweis floriert zur vollen Zufriedenheit der Kollegen. An besonderen Veranstaltungen fanden statt ein Sommerausflug und eine Weihnachtfeier; die Teilnahme an beiden war eine rege. In Versammlungen wurden abgehalten: eine öffentliche und eine kombinierte — beide gemeinsam mit dem Deutschen Ausbinderverband aus Lohnbewegungsgründen. In diesen zwei Versammlungen stellten die Kollegen unseres Verbandes die Mehrheit. Ferner fanden statt: 1. Generalversammlung, eine außerordentliche und 23 ordentliche Mitgliederversammlungen, 15 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, sowie 10 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen, sowie 10 Tarifschiedsgerichts-sitzungen, in welcher der zur Debatte stehende Punkt ohne Schiedspruch geregelt werden konnte. Der Versammlungsbesuch war während der Lohnbewegung zufriedenstellend, in normalen Versammlungen jedoch könnte er besser gewesen sein. In 10 Versammlungen wurden Vorträge teils gewerkschaftlicher, teils volkswirtschaftlichen Inhalts gehalten. Die übrigen Versammlungen

...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...
...wirden durch Beratung der Vorstandsmitglieder...

Zählstelle Leudersdorf.
Sonntag den 8. Februar, nachmittags punkt 5 Uhr in Leudersdorf bei Pödenz
Generalversammlung.
Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.
Der Vorstand.
Unserer lieben Kollegin Gertrud Wälden nebst Bräutigam herrl. Glädwänsch zur Vermählung.
Zählstelle Leudersdorf.
Unserem lieben Kollegen Karl Schäfer nebst seiner lieben Frau Frä. Marie Wälden die herzlichsten Glädwünsche zu ihrer Vermählung.
Die Kollegen Würzburg.
Unserem lieben Kollegen Josef Sauerbier nebst seiner werten Frau die herzlichsten Glädwünsche zur Vermählung.
Zählstelle Glädwänsch-Vertriebs-Würzburg.
Verantwortlich: L. Sedlmayr, Köln, Venloerwall 8.
Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.